



Zeitung des Hannoverschen Frauenbündnis

Internationaler Frauentag

HINTERGRÜNDE · BERICHTE · AKTUELLES · PROGRAMM

روز جهانی زن | International woman's day | يوم النساء العالمي | Hemu roja jina ciyane | Ngày Quốc tế Phụ nữ | международный женский день | el día internacional de la mujer | Dünya kadınlar günü

EDITORIAL



LIEBE LESER*INNEN,

wir freuen uns, euch die Zeitung des Hannoverschen Frauenbündnisses zum Internationalen Frauentag präsentieren zu können. Das Bündnis besteht aus einer bunten Vielfalt von Organisationen, die sich frauenpolitisch und feministisch engagieren.

Der Internationale Frauentag am 8. März ist der Aktionstag für die Selbstbefreiung der Frauen in aller Welt. Schon seine Entstehung ist international: Es begann mit Frauenprotesten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in den USA. 1910 gab es eine internationale sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen. 1911 versammelten sich in verschiedenen Ländern Frauen, um für Wahlrecht, Mutterschutz, für die Unabhängigkeit der Frauen von ihren Ehemännern und für körperliche Unversehrtheit zu kämpfen – auch in Hannover und Linden. 1921 wurde dann der 8. März als Internationaler Frauentag festgelegt – zu Ehren der russischen Textilarbeiterinnen, die an diesem Tag im Jahre 1917 für ihre eigenen Rechte und gegen den Krieg gestreikt hatten.

Zwischen 1933 und 1945 war der Frauentag in Deutschland offiziell verboten, stattdessen wurde der Muttertag in den Rang eines offiziellen Feiertages erhoben. Das Feiern des 8. März wurde zu einem Erkennungsmerkmal von Widerstand und sozialistischer Untergrundarbeit. So wurden rote Gegenstände auf Leinen oder aus Fenstern gehängt und »ausgelüftet« und es wurden illegal Flugblätter ausgelegt.

Die DDR führte den Frauentag nach dem zweiten Weltkrieg wieder ein. Erst durch die neue Frauenbewegung Ende der 60er Jahre rückte die historische Bedeutung des 8. März wieder stärker ins Bewusstsein. Vor allem seit 1994 zum sogenannten Frauenstreiktag erlebte der Internationale Frauentag ein politisches Comeback, so auch in Hannover. Bis heute organisieren sich Frauen international für Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit.

In dieser Tradition gibt es 2018 in Stadt und Region wieder viele Aktivitäten und Veranstaltungen, zu denen wir herzlich einladen.

Das Motto unserer Arbeit und zugleich Schwerpunkt in diesem Jahr ist: »Frauen haben Recht(e) – da geht noch mehr!«. Dieses Motto stellen wir in einen inhaltlichen Zusammenhang zum Jubiläum »100 Jahre Frauenwahlrecht«, eine Errungenschaft, die es gilt zu feiern. Streiten wir weiter für Frauenrechte weltweit!

Das Hannoversche Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag

Anmerkung zur Schreibweise: Mit dem Stern soll im Sinne der Sichtbarmachung in der Sprache ein Raum für Geschlechtsidentitäten jenseits von »Mann« und »Frau« eröffnet werden.

100 Jahre Frauenwahlrecht

Sigrid Häfner, ehem. Gleichstellungsbeauftragte der EKD

Macht die einst forsche Frauenbewegung eine kreative Pause, oder leidet sie an Erschöpfung und Resignation? Hat sie noch Visionen und Ziele, die über Kitaplätze, Vereinbarkeitsdebatten und individuelle Selbstoptimierung hinausgehen, oder begnügt sie sich mit dem Erreichten? Gibt es sie überhaupt noch? Wann und womit meldet sie sich unüberhörbar zu Wort? Richtet sich jenseits der #Me Too-Kampagne der Blick auch auf die oft unfassbare Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt an Frauen in vielen anderen Ländern? Ist die westliche Frauenbewegung noch eine gesellschaftliche Kraft, die Politik und somit zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen kann und will, oder hat sie sich in den Elfenbeinturm des wissenschaftlichen Feminismus zurückgezogen?

» Die mangelnde Heranziehung von Frauen zu öffentlichen Ämtern und ihre geringe Beteiligung in den Parlamenten ist doch schlicht Verfassungsbruch in Permanenz. «

Dr. jur. Elisabeth Selbert, 1981

100 Jahre Frauenwahlrecht sind ein passender Anlass für einige grundsätzliche Fragen, und sie sind ein historisches Exempel, was Frauenbewegung als politisch-gesellschaftliche Kraft im besten Falle sein kann und auch war. Erstmals in Deutschland konnten Frauen 1919 an den Wahlen zum ersten Parlament der jungen Weimarer Republik teilnehmen. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen dafür wurden 1918 in Weimar geschaffen.

Dem war ein jahrzehntelanger Kampf im Kaiserreich und in anderen europäischen Ländern, allen voran in Großbritannien, vorausgegangen. Frauen aller gesellschaftlichen Schichten waren im wörtlichen Sinne auf die Barrikaden gegangen. Sie waren bei ihren Demonstrationen hohe Risiken für sich und ihre Familien eingegangen. Verhaftungen und Gefängnis waren keine Seltenheit. Das Frauenwahlrecht ist unter Einsatz von Leib und Leben erkämpft worden. Das sollten wir all jenen ins Stammbuch schreiben, die sich heutzutage nicht vom Sofa aufrufen können, um wählen zu gehen. Das Wahlrecht auszuüben ist die erste Bürgerpflicht in einer Demokratie – für

Frauen und Männer. Aber besonders für Frauen. Die zweite ist, bevorzugt Frauen zu wählen, solange sie deutlich unterrepräsentiert sind und die dritte, ein wachsames Auge darauf zu haben, was mit der »abgegebenen« Stimme geschieht. Haben wir sie im wörtlichen Sinne abgegeben, um danach stumm zu sein?

Allgemeine, gleiche und geheime Wahlen sind der Nerv einer repräsentativen Demokratie. Aber diese ist kein Zustand sondern ein Prozess, der kontinuierlich gestaltet und kontrolliert werden muss. Politiker wissen inzwischen, dass sie ohne die Stimmen von Frauen nicht gewinnen können. Und was machen die Frauen aus dieser Erkenntnis? Der Kampf um das Wahlrecht fand damals notgedrungen außerparlamentarisch statt. Auch heute ist klar, dass Politik nicht nur in den Parlamenten gemacht wird. Der außerparlamentarische Raum ist die Arena für Bürgerinitiativen, Demos und all die anderen Formen politischen Basisengagements. Elisabeth Selbert, eine der vier Mütter des Grundgesetzes, hat es 1948 vorgemacht: Sie hat massenweise Frauen v. a. in den Verbänden mobilisiert, damit die Gleichberechtigung von Frauen und Männern gegen den hartnäckigen Widerstand der Delegierten des Parlamentarischen Rates als Grundrecht in die neue Verfassung der Bundesrepublik aufgenommen wird. In den Kellern des Versammlungsgebäudes sollen sich die Protestbriefe waschkorbeweise gestapelt haben. Die Männer waren nicht nur beeindruckt, sie waren erschrocken.

Ein anderes Beispiel für die Macht des weiblichen Wahlvolkes und der weiblichen Bundestagsabgeordneten ist die Reform des § 218. Es hat keine Rechtsreform mit einer so langen, qualvollen Geschichte in unserem Lande gegeben. Zeitweise war der Rechtsfrieden gefährdet. Die unglaubliche Ausdauer und Kampfbereitschaft breiter außerparlamentarischer Frauenbündnisse und die - viel zu selten praktizierten – partei- und fraktionsübergreifenden Initiativen der weiblichen Bundestagsabgeordneten haben nach mehreren immer wieder gescheiterten Anläufen und nach Interventionen des Bundesverfassungsgerichts schließlich zu der heute geltenden Regelung geführt. Diese kann - wie Einsichtige wissen – den tiefen Konflikt eines Schwangerschaftsabbruchs nicht aufheben. Aber der reformierte § 218 StGB hat eine erträgliche Rechtslage und den Rechtsfrieden gebracht.



Neben dem außerparlamentarischen Raum gibt es den vorparlamentarischen, die Lobby der professionellen Interessenvertretungen von Konzernen. Sie ist nicht nur einflussreich, sondern überwiegend männlich. Dieses Modell politischen Engagements ist für Frauen offenbar weniger attraktiv und kann auch nicht wirklich empfohlen werden.

Was aber nachdrücklich empfohlen wird, ist dieses: Mitgliedschaft in politischen Parteien, denn sie sorgen für politisches Bewusstsein und stellen die Kandidatenlisten auf, Mut zu kandidieren, Lehrjahre in der Kommunalpolitik, Netzwerke und kontinuierliche Rückkoppelung mit Frauen einer möglichst vielfältigen, breiten Basis, sowie partei- und fraktionsübergreifende parlamentarische Frauenbündnisse in Fragen von existentieller Bedeutung.

Es gibt viel zu tun. Packen wir's an! ●

Kontakt:

sigrid.haefner@gmx.de

Das Wahlrecht und die Repräsentanz von Frauen in Parlamenten und Parteien

oder warum die Anwesenheit von Frauen im offiziellen politischen Bereich nicht Alles ist...

Brunhild Müller-Reiß, Friedensbüro

In einem Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (November 2009, verfasst von Beate Hoecker) heißt es: »Seit dem 22. November 2005 regiert in Deutschland mit Angela Merkel erstmals eine Kanzlerin.

Auf der Länderebene übernahmen Christine Lieberknecht (CDU) in Thüringen und Hannelore Kraft (SPD) in Nordrhein-Westfalen die Regierungsmacht; zudem wurde das Kabinett in Nordrhein-Westfalen paritätisch mit Männern und Frauen besetzt. Wie steht es generell um die Verwirklichung der politi-

schen Gleichberechtigung von Frauen in Deutschland? Haben Frauen heute die gleichen Chancen wie Männer zur Übernahme politischer Ämter und Führungspositionen? Oder ist Politik doch nach wie vor eine männliche Domäne?« Sie konstatiert: »Wer Politik

Fortsetzung auf Seite 2

SPAZIERGANG und KUNDGEBUNG zum Internationalen Frauentag 2018

Donnerstag, 1. März 12.30–18.00 Uhr

Treffpunkt: Niedersächsischer Landtag Hannah-Arendt-Platz 1

MOTTO: »100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT – WIR WOLLEN MEHR!«
Unser Kampf für eine geschlechtergerechte Welt ist noch nicht zu Ende!

AKTIONEN, STATEMENTS UND MUSIK

Eine ausführliche Beschreibung findet ihr im Programmteil!

Veranstalterinnen*: Hannoversches Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag 2018

Fortsetzung von Seite 1

in verantwortlichen Positionen mitgestalten will, kommt an den Parteien nicht vorbei, denn hier beginnt jede politische Karriere. Für Frauen jedoch besitzen die Parteien nur eine geringe Attraktivität.«

Ja, aber ist das nun so schlimm? Können nur dort oder überhaupt dort Frauen »frauenpolitische Arbeit« machen? Ist es nicht eher so, dass institutionelle Frauenpolitik die Gefahr in sich trägt, im parteipolitischen Bereich zerrieben zu werden?

Dass Frauenrepräsentanz in Parlamenten, in »der« Politik allein, das Geschlechterverhältnis, die strukturellen, prinzipiellen Probleme einer patriarchalen Gesellschaft eher verdeckt als verändert? Hat Frau Merkels Kanzlerinnen-schaft unsere Gesellschaft frauenfreundlicher gemacht? In der ersten von Angela Merkel geführten Bundesregierung betrug der Frauenanteil 40 Prozent. Im gegenwärtigen Bundestag ist die Quote auf 30,7 Prozent gesunken. Das sind rund sechs Prozent weniger als in der letzten Legislaturperiode.

Ich frage mich: Ist es insgesamt nicht wesentlich wirksamer, Druck von unten oder von »außen« aufzubauen? Von der Basis her darauf zu drängen, dass Gewalt gegen Frau-

en, Sexismus, eine männlich gestaltete Berufswelt, die immer noch an den Frauen klebende Familienarbeit etc. etc. zu gesellschaftlichen Themen werden? Haben die #aufschrei und #metoo nicht mehr bewirkt als ein paar mehr Frauen im Parlament?

Oder sollten wir das Eine nicht gegen das Andere stellen? Brauchen wir eine gleichberechtigte Repräsentanz in allen öffentlichen Bereichen UND den Druck von unten?

Gründe für geringere Repräsentanz von Frauen im offiziellen Politikbetrieb: »Frauen haben weniger Interesse an (institutionalisierter) Politik als Männer« – konstatiert Hoecker, aber, so fügt sie hinzu, im »so genannten unkonventionellen Bereich (z.B. Demonstrationen, Mitarbeit in einer Bürgerinitiative oder Sammeln von Unterschriften) fallen die Geschlechterdifferenzen deutlich geringer aus.« Ist vielleicht Frauen der männerdominierte und vom Männerhabitus geprägte offizielle Politikbereich zuwider? Sind dort die Machtstrukturen so, dass es neben direkter sexueller Belästigung vielfache Erfahrungen von Diskriminierung gibt und Organisationsstrukturen sowie die Versammlungs- und Kommunikationsstile männlich geprägt? Außerdem ist die Familienarbeit immer noch

ganz weitgehend Frauensache. Vielfach können Parlamentarierinnen ihrer politischen Arbeit nur durch den Verzicht auf eine eigene Familie nachgehen; Frauen halten aber ihren Partnern häufig immer noch den Rücken für deren Arbeit frei. Besonders hilfreich ist auch nicht die Erfahrung von männlicher Herablassung und die Marginalisierung und Trivialisierung durch das immer wieder ins Zentrum gerückte Aussehen und der Bezug auf die Privatsphäre, der Frauen – vor allem in den Medien. Frauen sollten kein selbstherrliches »Männerverhalten kopieren – aber ein selbstsicheres Auftreten sollten sie lernen – damit Frauen und Männer sie wählen – wenn sie denn überhaupt aufgestellt werden.

Wollen wir eine der Bevölkerungsverteilung angemessene Anwesenheit von Frauen im »offiziellen« politischen Bereich, dann müssen Männer, aber auch Frauen das eigene Rollenverständnis verändern. Und es muss endlich Schluss damit sein, dass Frauen nach ihrem Äußerem, an schicker Kleidung und attraktivem Aussehen beurteilt werden. Es kommt in der Politik darauf an, was im Kopf ist, nicht wie gut dieser Kopf frisiert ist.

Aber grundsätzlich bleibt zu betonen: Die offiziellen Politikbereiche sind nur ein



Feld unter vielen, in denen sich etwas ändern muss. Geschlechtergerechtigkeit betrifft alle Bereiche der Gesellschaft: das Berufs- und Familienleben, Schule und Erziehung, gesellschaftliches Bewusstsein – Alles!

Frauen, packen wir's an! Wir haben schon viel erreicht – aber ganz viel bleibt noch zu tun! Gemeinsam! ●

Kontakt:
mueller-reiss@arcor.de

Die Aktualität des Frauenkampfes

100 Jahre Frauenwahlrecht – Der Landesfrauenrat Niedersachsen und die Arbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten in der Region Hannover erinnern daran

Antje Peters, Heidi Linder, Landesfrauenrat Niedersachsen

Vor 100 Jahren durften Frauen erstmals wählen und gewählt werden. Die Novemberrevolution und das Ende des Ersten Weltkrieges legten 1918 den Grundstein für die Weimarer Republik und das Frauenwahlrecht.

»Die Geschichte lehrt, dass, wo Frauen in dieselbe eingriffen, es mit Verständnis, Einsicht und großem Erfolge geschah«, schrieb die Feministin und radikale Frauenrechtlerin Anita Augspurg 1906 in einer Eingabe an den Deutschen Reichstag. Sie forderte die vollen Bürgerrechte für die Frauen. Denn die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Staates sei ihre vornehmste Aufgabe und der einzige Weg dazu sei durch die Erlangung der politischen Rechte. Es war noch ein langer Weg bis zum 12. November 1918, als im Zuge der Novemberrevolution der Rat der Volksbeauftragten seinen »Aufruf an das deutsche Volk« erließ, demzufolge »alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen« per Gesetz das Wahlrecht erhielten. Harte politische Auseinandersetzungen mussten ausgefochten werden, selbst mit Frauen,



Helene Lange
Foto: Atelier Elvira

die das Frauenwahlrecht ablehnten. Viele Frauen aus dem gesamten Spektrum des politischen und öffentlichen Lebens halfen mit, bis am 19. Januar 1919 bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung erstmals



Mary Wigman
Foto: Abraham Pisarek

deutschlandweit Frauen ihr aktives und passives Wahlrecht ausüben konnten.

Nicht nur an diesen historischen Sieg der Frauenrechte erinnern 2018 der Landesfrauenrat Niedersachsen und die Arbeitsgemeinschaft der

Gleichstellungsbeauftragten in der Region Hannover. Das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und die Einführung des Parité-Gesetzes (also je 50 Prozent Frauen und 50 Prozent Männer) auf Landes- wie Bundesebene, um gleichberechtigte Teilhabe in politischen Ämtern und Gremien durchzusetzen, bleibt aktuell.

Um den Kampf der Frauen und Mädchen für Chancengleichheit und Gleichstellung zu stärken, hilft es, sich an die Debatten und politischen Siege streitbarer und selbstbewusster Frauen zu erinnern. Das ist eine der Zielsetzungen der Initiative frauenORTE Niedersachsen. Seit 2008 wird an nunmehr 35 Standorten in Niedersachsen (Stand Februar 2018) an Frauenpersönlichkeiten der niedersächsischen Geschichte und an deren Leistungen, Wirken und Werke auf politischem, kulturellem, wirtschaftlichem, wissenschaftlichem oder sozialem Gebiet erinnert. Ob die Dichterin Roswitha von Gandersheim, die Pädagogin Helene Lange, die Reederin Gretchen Handorf oder die Tänzerin Mary Wigman; sie alle stehen für den beeindruckenden Beitrag, den Frauen zur Geschichte Niedersachsens und darüber hinaus geleistet haben. ●

Weitere Informationen zur Initiative sowie Terminhinweise zum Jubiläumsjahr beim Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.,
mail@landesfrauenrat-nds.de,
www.frauenorte-niedersachsen.de,
www.landesfrauenrat-nds.de

Kontakt: petra.mundt@region-hannover.de



Liebe Freundinnen und Freunde von Wienke

Am 9. April 2017 haben wir in Hannover Abschied von Wienke (10.7.1931–4.3.2017) genommen.

Wienke hat von Beginn an den internationalen Frauentreff La Rosa im 8. März-Frauenbündnis

vertreten und das Bündnis durch ihre Ideen sowie ihr Engagement bestärkt und begleitet. Sie war sehr wichtig für das Bündnis, hat sich viel eingebracht, u.a.

den Text über die Geschichte des 8. März (Weltfrauentag) verfasst, diverse Vorträge im Rahmen von La Rosa zum 8. März gehalten und vieles mehr.

Wir wollen Wienke danken für ihre kluge und verlässliche Freundschaft, die sie uns so viele Jahre geschenkt hat, für ihre Klarsicht, ihr politisches Denken und Handeln sowie ihre konsequent antirassistische, antikapitalistische und lesbisch-feministische Haltung.

Wienke, wir vermissen Dich sehr und werden Deine Überzeugungen, Projekte und Ideen und unsere gemeinsamen Visionen weiter leben und entwickeln, Du fehlst!

In tiefer Verbundenheit, Deine Frauen aus La Rosa/Internationaler Frauentreff, dem 8. März-Frauenbündnis und das kargah-Team



Andenken an Gerda Egbers

In der Ausgabe dieser Frauenzeitung möchten wir an Gerda Egbers erinnern.

Am 20. September 2016 verstarb Gerda im Alter von 57 Jahren nach schwerer Krankheit.

Die Erinnerung an sie ist bei uns im Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag sehr lebendig.

Gerda Egbers war Referentin im Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA) der evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Als Mitbegründerin des hannoverschen Frauenbündnisses war sie jedes Jahr bei den frauenpolitischen Aktionen prägend dabei. Sie organisierte uns lange Jahre und bot für das Bündnisprogramm immer wieder und ganz engagiert frauenpolitische Diskussionen und Informations-Veranstaltungen aus dem Bereich der Arbeitswelt.

Gerda war ein fröhlicher, klarer, kluger und zugewandter Mensch. Sie fehlt uns in der Runde der Bündnispartnerinnen und besonders fehlt sie uns im Redaktionsteam der Frauenzeitung.

Für das Hannoversche Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag

Buchrezension

100 Jahre Frauenwahlrecht – Ziel erreicht und wie weiter

Susanne Müller-Jantsch, Pavillon e.V.

Im Jahre 2018 begehen wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. Aus diesem Anlass haben Isabel Rohner und Rebecca Beerheide (Foto) einen Sammelband mit 24 Beiträgen von Frauen aus Politik, Wirtschaft, Medien und Initiativen herausgegeben. Das Buch versammelt spannende historische Fakten, analysiert die gegenwärtige Repräsentanz von Frauen in Politik und Gesellschaft und behandelt das Wahlverhalten von Frauen.

Erst das Frauenwahlrecht brachte die Frauen in die Parlamente und hat die Tür geöffnet für viele weitreichende Gesetzgebungen für die Gleichstellung. Denn freiwillig zugestanden wurde den Frauen niemals etwas, so macht die gestandene Politikerin Rita Süßmuth im Interview deutlich.

Trotz der 100 Jahre Frauenwahlrecht ist die Repräsentanz von Frauen nach wie vor völlig unzureichend. Sogar die UN haben Deutschland aufgefordert, den Frauenanteil in Politik und Öffentlichkeit so zu erhöhen, dass es der Zusammensetzung der Bevölkerung entspricht. Die Politikerin Manuela Schwesig nennt in ihrem Beitrag Zahlen. In der Weimarer Nationalversammlung, dem



ersten deutschen Parlament mit weiblichen Abgeordneten, betrug im Jahre 1919 die Frauenquote neun Prozent. Diese Zahl wurde erst wieder 1983 erreicht. Aktuell beträgt der Anteil der Politikerinnen im Bundestag 37,1 Prozent. Und bis zur ersten Kanzlerin hat es nach Einführung des Frauenwahlrechtes neun Jahrzehnte gedauert. Hat die SPD eigentlich jemals eine Kanzlerkandidatin

nominiert? Die Präsidentschaftskandidatur von Gesine Schwan jedenfalls fand wenig Rückendeckung in der eigenen Partei, wie es die Politikerwissenschaftlerin im Interview darlegt. Auch bei den Gewerkschaften fehlen die Frauen, moniert die Journalistin Tina Groll. Die gewerkschaftliche Sitzungskultur mit informellen Bierunden und familienun-

freundlichen Terminen mag einiges zu der schlechten Quotierung beitragen.

Das Buch entlässt die Leserin gut informiert, macht historische Dimensionen deutlich und bringt verdienstvolle Feministinnen in Erinnerung. Anlässlich des Jubiläums ermuntern einige der Beiträge ganz direkt zu verstärkten frauenpolitischen Aktivitäten. ●

Isabel Rohner/ Rebecca Beerheide (Hrsg.): »100 Jahre Frauenwahlrecht. Ziel erreicht! ... und wie weiter?«
Ulrike Helmer Verlag 2017
Kontakt:
susanne.muellerjantsch@pavillon-hannover.de

Frauenpolitischer Aufbruch | Ausstellung zum Kampf um das Frauenwahlrecht

Im Jahre 2018 begehen wir das 100jährige Jubiläum der Einführung des Frauenwahlrechtes. Dazu gibt es im Kulturzentrum Pavillon eine Ausstellung des Frauenmuseums Bonn.

Ende 1918 wurde in Deutschland nach langem politischen Ringen das allgemeine Frauenwahlrecht eingeführt. Seit Mitte der 1890er Jahre hatten sich einzelne Frauen und ab 1902 der Verein für das Frauenstimmrecht dafür stark gemacht. Dabei musste manche juristische Hürden überwunden werden, denn in den meisten Bundesländern war es Frauen verboten, an politischen Versammlungen teilzunehmen. Die Stimmrechtsbewegung war sich uneins in der Frage, welches Wahlrecht für Frauen angestrebt werden sollte: ein Klassenwahlrecht oder das allgemeine demokratische Wahlrecht. Ebenso wenig konnte sie sich

einigen, ob sie nur das kommunale oder das Reichstagswahlrecht forderte.

Lag die Einführung des Frauenwahlrechtes 1918 an der Revolutionsregierung, die zur Stabilisierung ihrer Macht die Unterstützung der Frauen brauchte, oder hatten die Frauen ihren politischen Einfluss geltend gemacht? In der Ausstellung des Frauenmuseums Bonn werden wichtige Akteurinnen rund um den Kampf für das Frauenwahlrecht vorgestellt.

Ausstellung vom 29. März bis zum 18. April 2018, Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover während der Öffnungszeiten **täglich 10.00–18.00 Uhr**

Im Vorfeld der Ausstellung gibt es im Pavillon/Oststadtbibliothek am **15. März, 19.30 Uhr** einen Vortrag zu 100 Jahre Frauenwahlrecht von Rebecca Beerheide. Eintritt frei. ●

Wir haben Recht(e) – da geht mehr!

Weltweite Basisbewegung christlicher Frauen

Waltraud Kämper, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt

Seit 130 Jahren engagieren sich christliche Frauen über Konfessions- und Ländergrenzen hinweg am »Weltgebetstag« dafür, dass Frauen und Mädchen überall auf der Welt in Frieden, Gerechtigkeit und Würde leben können – gemäß des diesjährigen Hannoverschen Mottos des Internationalen Frauentages: Wir haben Recht(e), aber da geht mehr.

Immer am ersten Freitag im März beschäftigen sich Frauen in ca. 100 Ländern beim sogenannten »Weltgebetstag« /WGT mit der Lebenssituation von Mädchen und Frauen eines anderen Landes mit dem Ziel »informiert beten – betend handeln«. Es wird der Blick geweitet für weltweite Herausforderungen wie Armut, Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie Klimawandel. Engagierte Frauen reden nicht nur über Ökumene und Solidarität – sondern sie leben sie seit vielen Jahren! Die Verfasserinnen der jährlichen Gottesdienstordnung greifen in ihrer Liturgie meist gesellschaftliche Fragen auf, die den Frauen in ihrem Heimatland »unter den Nägeln brennen« und unterstützen auch das Engagement lokaler Frauengruppen und – Organisationen.

Für den WGT am 2. März 2018 wählten Frauen aus Surinam Texte, Gebete und Lieder aus. Diese werden dann in weltweiten ökumenischen Gottesdiensten – auch in Hannover – eingebracht. Beispielsweise: »In neuen Untersuchungen der Flüsse in Surinam und der Bevölkerung, die in der Nähe von Goldabbaugebieten im Landesinneren lebt, haben Wissenschaftler Quecksilber nicht nur in Flüssen und Fischen festgestellt. 70–100 Prozent der schwangeren Frauen und der Kinder weisen gesundheitsschädliche Mengen von Quecksilber auf, die zu Gehirnschädigungen führen. Diese und weitere furchtbare Konsequenzen des rücksichtslosen Goldabbaus nehmen leider immer mehr zu. Dies ist den Politikern bekannt. Aber die Unfähigkeit bzw. Weigerung, die gesetzlichen Vorschriften in diesem Bereich umzusetzen, beschwört die immense Gefahr herauf, dass wir auf eine ökologische und menschliche Katastrophe

zusteuern.« (Aus einem öffentlichen Brief des Bischofs von Paramaribo an die politisch Verantwortlichen in Surinam)

So teilen Frauen in aller Welt – nicht nur am WGT – miteinander ihre Hoffnungen und Ängste, ihre Freuden und Sorgen, ihre Bedürfnisse und Ideen. So bekommen Länder Mutige, betende, kämpfende Frauen bekommen Gesichter und konkrete Projekte weltweit und vor Ort werden unterstützt. Seit frühen Jahren fühlt sich die Schauspielerin Marianne Sägebrecht eng mit dem kleinsten südamerikanischen Land Surinam verbunden. Aus diesem Grund, und weil ihr die Idee einer weltweiten Frauenbewegung sympathisch ist, unterstützt sie den Weltgebetstag 2018. ●



Die Schauspielerin Marianne Sägebrecht unterstützt den Weltgebetstag 2018.

Foto: Udo Dreier

Kontakt:
kaemper@kirchliche-dienste.de

Mit uns ist zu rechnen!

Niedersächsisches Netzwerk Frauen mit Behinderung



Ina Neufrau, Niedersächsisches Netzwerk Frauen mit Behinderung

In Niedersachsen leben knapp 300.000 Frauen mit Behinderung. Sie sind sowohl gegen-

über nicht behinderten Frauen als auch gegenüber Männern einer doppelten Benachteiligung ausgesetzt. Ihre spezifischen Bedürfnisse und Probleme werden oft-

mals nicht genügend erkannt und beachtet, da sie in der Menge der Menschen mit Behinderungen »untergehen«. Auch in Statistiken tauchen Frauen mit Behinderungen meist nicht als eigenständige Gruppe auf. Deshalb haben sich Frauen mit unterschiedlichsten Behinderungen im Niedersächsischen Netzwerk Frauen mit Behinderung zusammengeschlossen, das 1994 auf Initiative des Behindertenbeauftragten des Landes gegründet wurde.

Das Netzwerk ist ein überparteiliches Gremium, das alle Frauen mit Behinderungen anspricht, die ihre selbstbestimmte Zukunft mitgestalten wollen. Die ehrenamtlich arbeitenden Netzwerksprecherinnen halten Kontakt zu Behindertenverbänden und -initiativen sowie zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und stehen als Referentinnen für Tagungen zur Verfügung.

Die Netzwerkerinnen aus ganz Niedersachsen treffen sich bis zu vier Mal im Jahr, um aktuelle Entwicklungen zu diskutieren, gemeinsame Aktivitäten zu planen und sich untereinander über »ihre« Themen auszutauschen. ●



Weitere Informationen gibt es bei den Sprecherinnen:

Andrea Hammann
andrea.hammann@hannover-stadt.de

Heike Menzel
menzel.heike@gmx.de

Ina Neufrau
i.neufrau@gmx.de

Die Istanbul-Konvention aus unserer Sicht...

Frauenhaus Hannover – Frauen helfen Frauen e.V.

Das »Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt« (Istanbul-Konvention) wurde 2011 von Deutschland unterzeichnet und am 12.10.17 ratifiziert. Seit 01.02.2018 ist sie in der Bundesrepublik also geltendes Recht.

Die vollständige Umsetzung der Konvention wird in vielen Bereichen die Situation gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder verbessern – denn dort steht:

- Im gesamten Bundesgebiet fehlen Frauenhausplätze
- Zugangsbarrieren für Frauen und Kinder mit Behinderungen müssen weiter abgebaut werden
- Frauenhäuser müssen umfassend personell ausgestattet und verlässlich pauschal finanziert werden
- Alle von Gewalt betroffenen Frauen müssen Zugang zu Schutzeinrichtungen bekommen
- Die Gewalt muss in familienrechtlichen Verfahren zum Sorge- und Umgangsrecht zur Sprache kommen und in Entscheidungen berücksichtigt werden.
- Die Sicherheit der Opfer hat Vorrang.

Wir Frauenhausfrauen finden die das Familienrecht betreffenden Artikel der Konvention zurzeit besonders wichtig. Aus unserer Arbeit wissen wir, dass die Kinder immer von der Gewalt mit betroffen sind, entweder direkt oder als Zeugen*.

Das Mit-Erleben von Häuslicher Gewalt ist eine Form der Kindeswohlgefährdung

In der Bundesrepublik gab es 2009 eine Familienrechtsreform. Sie schreibt ein sog. Beschleunigungsgebot in strittigen Sorge- und Umgangsrechtsverfahren vor. Dieses wird auch bei Häuslicher Gewalt angewendet

– obwohl vollkommen ungeeignet. Von der Möglichkeit der Umgangssetzung machen Gerichte fast nie Gebrauch. Oftmals werden Kinder zum Umgangskontakt mit dem Täter (Vater) gezwungen. Mütter werden häufig von Seiten der Jugendhilfe, der Verfahrensbeistand*innen, der Gerichte unter Druck gesetzt, ein vermeintliches Umgangsrecht des Vaters gegenüber den Kindern zu dulden und durchzusetzen.

Dafür wird erlebte Gewalt infrage gestellt oder heruntergespielt. Das zuständige Perso-

nal in Behörden und Gerichten ist viel zu häufig fachlich nicht ausreichend qualifiziert für den angemessenen Umgang mit gewaltbetroffenen Kindern und mit Kindern die Zeuginnen und Zeugen von Gewalttaten wurden. Hier verlangt die Istanbul-Konvention Fortbildungen und Qualifizierungen für alle beteiligten Fachstellen.

Die Stärke der Istanbul-Konvention ist auch ihre Schwäche: Sie wurde top-down installiert. Das betrifft vor allem die gesamtgesellschaftliche und individuelle Haltung

gegen Gewalt gegen Frauen. Die Umsetzung hat noch zu viele Lücken. Trotzdem verbessern sich die strukturellen Bedingungen, denn sie erteilt den politischen Instanzen, Verwaltungen, Gerichten und der Polizei die Verpflichtung zur weiteren Umsetzung. Das Übereinkommen ist das Ergebnis vieler Jahrzehnte feministischer Politik auf allen Ebenen.

Die weitere politische und gesellschaftliche Arbeit gegen Gewalt gegen Frauen ist unsere Aufgabe! ●

Die Präambel des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Vor dem tatsächlichen Text der Konvention beschreiben die Mitgliedsstaaten des Europarats und die anderen Unterzeichner*innen die zugrundeliegende Haltung gegenüber Gewalt gegen Frauen. So wurde die Konvention geschaffen:

Wir zitieren...

- unter Verurteilung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt;
- in Anerkennung der Tatsache, dass die Verwirklichung der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ein wesentliches Element der Verhütung von Gewalt gegen Frauen ist;
- in Anerkennung der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen der Ausdruck historisch gewachsener ungleicher Machtverhältnisse zwischen Frauen und Männern ist, die zur Beherrschung und Diskriminierung der Frau durch den Mann und zur Verhinderung der vollständigen Gleichstellung der Frau geführt haben;
- in Anerkennung der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen als geschlechtsspezifische Gewalt strukturellen Charakter hat, sowie der Tatsache, dass Gewalt gegen Frauen einer der entscheidenden sozialen Mechanismen ist, durch den Frauen in eine untergeordnete Position gegenüber Männern gezwungen werden;
- mit großer Sorge feststellend, dass Frauen und Mädchen häufig schweren Formen von Gewalt wie häuslicher Gewalt, sexueller

Belästigung, Vergewaltigung, Zwangsverheiratung, im Namen der sogenannten »Ehre« begangener Verbrechen und Genitalverstümmelung ausgesetzt sind, die eine schwere Verletzung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sowie ein Haupthindernis für das Erreichen der Gleichstellung von Frauen und Männern darstellen;

- in Anbetracht der fortdauernden Menschenrechtsverletzungen während bewaffneter Konflikte, welche die Zivilbevölkerung und insbesondere Frauen in Form von weit verbreiteter oder systematischer Vergewaltigung und sexueller Gewalt betreffen, sowie der höheren Wahrscheinlichkeit geschlechtsspezifischer Gewalt sowohl während als auch nach Konflikten;
 - in der Erkenntnis, dass Frauen und Mädchen einer größeren Gefahr von geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind als Männer;
 - in der Erkenntnis, dass häusliche Gewalt Frauen unverhältnismäßig stark betrifft und dass auch Männer Opfer häuslicher Gewalt sein können;
 - in der Erkenntnis, dass Kinder Opfer häuslicher Gewalt sind, auch als Zeuginnen und Zeugen von Gewalt in der Familie;
 - in dem Bestreben, ein Europa zu schaffen, das frei von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist.
- Zitatende ●

Kontakt:
info@
frauenhaus-hannover.org

Für die Freiheit selbst zu entscheiden, wie frau wohnen will!

Über die prekäre Situation von geflüchteten Frauen* in Gemeinschaftsunterkünften

Vivien Hellwig, Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Nach ihrer Ankunft in Deutschland haben Geflüchtete hinsichtlich ihrer Unterbringung kein Mitspracherecht. Gerade für Frauen* und Kinder ist die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sehr belastend. Im Vergleich zu männlichen Flüchtlingen sind sie während der Flucht und im Aufnahmeprozess in höherem Maße Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt.

Schon die Form der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ist per se gewalt- und konfliktfördernd. Das unfreiwillige Zusammenleben von Unbekannten auf beengtem Raum und für eine unbestimmte Dauer ist für viele Geflüchtete belastend. Hinzu kommen fehlende Privatsphäre, Lärm und Unruhe sowie lange Phasen ohne Beschäftigung. Aktuelle Studien belegen, dass insbesondere geflüchtete Frauen* in erheblichem Maße unter den Bedingungen in den Unter-

künften leiden. Die bürokratischen Regeln und Gesetze werden als belastend und fremdbestimmt empfunden. Zudem fühlen sich Frauen* in den Lagern und auf den Wegen dorthin oft unsicher und gefährdet. Sie sind häufiger psychischem Druck und sexuellen und diskriminierenden Übergriffen ausgesetzt. Angesichts solcher Bedingungen müssen Gemeinschaftsunterkünfte so rasch wie möglich geschlossen werden. Initiativen von Geflüchteten fordern seit Jahren die Abschaffung dieser Unterbringungsform.

Solange jedoch Gemeinschaftsunterkünfte betrieben werden, sind verbindliche Standards zum Gewaltschutz für alle Unterkünfte zu etablieren und ihre Einhaltung zu garantieren. Allerdings fehlen hierfür die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen. Die vom Bundesfamilienministerium und UNICEF erarbeiteten Mindeststandards zum Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften haben lediglich Empfehlungscharakter. In



Niedersachsen hat die Landesregierung zwar für alle Landesaufnahmeeinrichtungen Gewaltschutzkonzepte entwickelt, die Kommunen aber nicht verpflichtet, solche Konzepte in allen kommunalen Unterkünften zu implementieren. Ein transparentes Gewaltschutzkonzept gibt es in Niedersachsen auf kommunaler Ebene nur in der Stadt Oldenburg.

Es bedarf gesetzlich festgeschriebener Schutzstandards, die in den Vergabeverfahren zur Unterbringung implementiert sein müssen. Gewaltschutzkonzepte müssen für jede Unterkunft entwickelt und regelmäßig fortgeschrieben werden. Zu den zentralen Bausteinen von Gewaltschutzkonzepten gehören für den Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. ein Bekenntnis aller Akteur*innen zum

Gewaltverzicht, eine Sensibilisierung aller in der Einrichtung tätigen Personen, ein standardisiertes Verfahren bei Auftreten von Gewalt und Verdachtsfällen und die Schaffung menschenwürdiger, schützender, fördernder Rahmenbedingungen. Maßgeblich ist zudem, dass Flüchtlinge ihre Rechte kennen. Zusätzlich sind feste Ansprechpersonen in den Einrichtungen als auch externe Anlaufstellen für ein unabhängiges Beschwerdesystem unabdingbar.

Grundsätzlich müssen alle Geflüchteten das Recht haben, selbstbestimmt über ihre Wohnsituation entscheiden können. Gerade Frauen* müssen die Freiheit erhalten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und Herkunftsland, eine für sich sichere Wohnform zu wählen. ●

Kenne deine Rechte! – Informationen für weibliche Geflüchtete



Die kleine Broschüre richtet sich an geflüchtete Frauen* in Niedersachsen. Sie gibt erste Informationen über die Rechte als Frau* in Deutschland zu den Themen Asyl, Familie, Bildung, Arbeit, Umgang mit Gewalt und Austausch mit anderen Frauen*. Thematisch wird auf Beratungsstellen und Hilfe-Telefone in Niedersachsen verwiesen. Die Broschüre ist in den Sprachen Deutsch, Arabisch, Farsi, Englisch, Französisch, Russisch, Tigrinya, Kurmanci, Albanisch und Türkisch erhältlich.

Kostenlos bestellbar unter:

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., Vivien Hellwig
Telefon +49 (0)511/98 24 60 30, E-Mail: vh@nds-fluerat.org

PROGRAMM 2018 DES HANNOVERSCHEN FRAUENBÜNDNIS

Do., 01.03., 12.30 Uhr

Vor dem Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1 | 30159 Hannover | Barrierefrei

» 100 Jahre Frauenwahlrecht – Wir wollen mehr! « – Unser Kampf für eine geschlechtergerechte Welt ist noch nicht zu Ende!

ÖFFENTLICHE AKTION
VOR DEM NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAG
INTERVIEWS
mit Abgeordneten verschiedener Parteien.

Wir erwarten Antworten! War das mit den Frauen in Parlamenten, Parteien etc. jetzt alles? 30 Prozent?

Mit dabei:

Berühmte **»Frauen aus der Geschichte«**, die unsere jahrhundertelange Entschlossenheit im Kampf für eine geschlechtergerechte Welt verdeutlichen – begleitet von **Trommelwirbeln und Musik**. Frauen, bringt Schilder mit euren speziellen Anliegen mit.

ANSCHLIESSEND
gehen wir gemeinsam demonstrierend und lautstark mit Musik und Sprechchören zum **KULTURZENTRUM PAVILLON** und machen öffentlich, wie wir uns **Frauenrechte und das Verhältnis der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft** vorstellen. Unsere Botschaften tragen wir mit uns – auf Schildern, in Sprechchören, in unserer Musik.



AM KRÖPCKE
können sich Frauen gerne anschließen
(ca. 14.30 Uhr)! – Kleine Aktion

AM PAVILLON/WEISSE-KREUZ-PLATZ
gibts wieder Botschaften von Frauen aus Geschichte und Gegenwart: (ca. 15.00–16.00 Uhr)
Was haben wir erreicht? – Wo wollen wir noch hin?
Wir tun unsere Meinung sichtbar und öffentlich kund – am Mikrofon, am »Frauenbaum«, mit Musik und Aktion! Mit einem historischen Flashmob reihen wir uns ein in den jahrhundertelangen Kampf für eine herrschaftsfreie, nicht sexistische Welt!

ZUM ABSCHLUSS IM FRAUEN-TREFFPUNKT HANNOVER, Jakobistraße 2 (Lister Platz):
Rückblick, Ausblick und Kommunikation – bei Musik, Getränken und Keksen. (Ab ca. 16.30 Uhr)

SEID DABEI! MACHT MIT! WO IMMER IHR WOLLT!



IMPRESSUM
Für die einzelnen Artikel zeichnen die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.
Herausgeberin: Hannoversches Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag
V.i.S.d.P.: Renate Steinhoff, SLU / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen, Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
Redaktion: Renee Steinhoff, SLU-Niedersachsen, r.steinhoff@slu-boell.de; Gudrun Kirchner Biber, ver.di Bezirksfrauenrat
Satz und Layout: Anette Gilke, mail@anettegilke.de
Druck: BWH GmbH, Hannover Klimaneutral gedruckt | climatePartner ID: 53326-1711-1009
Auflage: 9.000 Exemplare

So., 04.03., 11.00–14.00 Uhr

Kulturzentrum Pavillon
Lister Meile 4, Hannover | Barrierefrei

AUFTAKTVERANSTALTUNG
HANNOVERSCHES FRAUENBÜNDNIS ZUM
INTERNATIONALEN FRAUENTAG 2018

Ladies Lunch on Tour
Protest! Frauen im gesellschaftlichen Widerstand

Die Suffragetten waren gestern – heute sind es Hashtags, Blogs und Zwischenrufe...

Weiblicher Protest verändert sich, oder doch nicht? Während die einen Widerstand mit physischer Präsenz, Schildern, Megafon und Masse verbinden, denken andere an Follower, wirkungsvolle Bilder und smarte Begriffe, die im Kopf bleiben. Mit:

Sigrid Häfner (Sozialwissenschaftlerin) und **Dr. Anna-Katharina Meßmer** (Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung) über Protest damals und heute, **Brunhild Müller-Reiß** (Friedensbüro Hannover) über antifaschistischen Widerstand, **Anna Stemmler** (Hochschule Hannover) über Frauen als Protest-Ikonen, **Lina Atfah** (Schriftstellerin, Adopt a Revolution) über kreativen Widerstand in Syrien,

Kommt an unsere gedeckte Frühstückstafel. Wir laden euch ein, Gedanken auszutauschen, bewegte Frauen kennenzulernen und miteinander und mit unseren Gästen zu diskutieren. Mit musikalischer Begleitung durch die Leineperlen.

Eine Veranstaltung für Frauen*

Anmeldung: Franziska Wolters, 0511 30185713, wolters@slu-boell.de

Veranstalterin: Das Frauenbündnis zum Internationalen Frauentag gemeinsam mit der Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen, Warmbüchenstr. 17, 30159 Hannover, Tel. 0511 30 18 57 0, info@slu-boell.de

Mo., 05.03., 19.00 Uhr

Frauzentrum Laatzen
Hildesheimer Straße 85, 30880 Laatzen | Stufe am Eingang, gern Rücksprache für Assistenz | Linien 1 + 2, Haltestelle Eichstraße oder S4 Richtung Hildesheim, Haltestelle Hannover Messe/Laatzen | **Eine Veranstaltung für Frauen**

weiß. natürlich¹
Kritisches Weißsein als analytischer und handlungsorientierter Ansatz

Referentin: Laura Digoh-Ersoy



»Für mich sind alle Menschen gleich!« Der Vortrag geht der Frage nach, was sogenannte »Farbenblindheit« mit Rassismus zu tun hat. Dafür wird Weißsein als ein Konzept eingeführt, das es ermöglicht, sich kritisch mit gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnissen auseinanderzusetzen. Dabei geht es nicht darum, Unterscheidungen festzuschreiben, sondern ihre Geschichte und Entstehung sowie ihrer Aufrechterhaltung in den Blick zu nehmen. Aus diesem Blickwinkel lässt sich auch die Frauenbewegung in Deutschland kritisch befragen: Wann werden Stimmen von Schwarzen Frauen* und Frauen* of Color überhaupt gehört? Welche Vorteile bringt es mit sich, selbstverständlich als weiß und deutsch angesehen zu werden?

Der Vortrag bietet Anknüpfungspunkte für weitere eigene Auseinandersetzungen. Was kann Kritisches Weißsein konkret bedeuten – im privaten Umfeld, im Beruf, in politischen und aktivistischen Zusammenhängen?

¹ Gedichttitel von Gabriela Willbold, Schwarze Dichterin und Frauenärztin in Cottbus

Veranstalterinnen: Frauzentrum Laatzen
Kooperation: Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
Kontakt u. Info: info@frauzentrum-laatzen.de
Telefon 0511.89885820, www.frauzentrum-laatzen.de

Mi., 07.03., 18.30 Uhr

Kino am Raschplatz
Raschplatz 5, 30161 Hannover

Die göttliche Ordnung
Filmveranstaltung

Humorvolles Drama über eine junge Frau, die sich Anfang der 70er in ihrem Heimatdorf für die Einführung des Frauenwahlrechts in der Schweiz einsetzt. Mit Sibylle Brunner aus Hannover.

Mi., 07.03., 19.00 Uhr

Stadthaus Laatzen MZR I+II,
Marktplatz 2, 30880 Laatzen | Barrierefrei | Eintritt frei

Die göttliche Ordnung
Filmveranstaltung



Der Film erzählt die Geschichte einer jungen Hausfrau und Mutter von zwei Kindern, die sich Anfang der 70er für die Einführung des Stimmwahlrechts einsetzt.

In einem Appenzeller Dorf in der Schweiz beginnt sie sich langsam, aber hartnäckig für das Frauenstimmrecht einzusetzen – und dafür, wieder berufstätig sein zu können. Nur Socken waschen und den tyrannischen Schwiegervater bedienen, das reicht ihr nicht. Als sie sich ihren Mann anvertraut, verbietet der ihr, eine Stelle zu suchen – und kann sich dabei auf das Gesetz berufen...

Ein stimmiges Gesellschaftsportrait als auch ein humorvolles Drama.
Eingeladen sind alle Interessierten Frauen und Männer.

Anmeldung erforderlich! Giove@Laatzen.de oder Telefon 0511 8205-1902 erforderlich.

Veranstalterin und Kontakt: Stadt Laatzen, Team Gleichstellung, Marktplatz 13, 30880 Laatzen, Telefon 0511 8205-1902

Do., 08.03., 16.30 Uhr

La Rosa/Kargah e.V.
Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover-Linden | Barrierefrei

Internationaler Frauentag
Internationales Frauenfest

16.30 Uhr Kargah-Haus
Ankommen und Begrüßung

17.00 Uhr Kargah-Haus

Vernissage »Aus Schmerz«
Malerei von Nessrin Ahmo, syrische Kurdin und Ronak Azeze, kurdische Künstlerin aus dem Irak. Die Frauen zeigen in ihrer frauenspezifischen Bilderausstellung abstrakte Kunst in Form von Acrylbildern, in denen Frauen in unterschiedlichen Darstellungen gezeigt werden, die hauptsächlich von Schmerz geprägt sind.
Gedicht-Ausstellung
»Da Sein, Fremd Sein«
Persische Gedichte von Sorur Sahebi, deutsche Worte mit Gabriele Kessemeier.

18.00 Uhr Kargah-Haus
Vortrag: »Geschlechterpolitik und das Leben der Frauen in der Türkei«
Frau Dr. Hürcan Aslı Aksoy ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Politikwissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Politik und Gesellschaft des Nahen Ostens. Mit dem Vortrag und der anschließenden Diskussion wird die Möglichkeit gegeben, sich kritisch mit frauenrelevanten Themen unter Einfluss der aktuellen politischen Zustände auseinanderzusetzen.

19.30 Uhr Faust Warenannahme
Kulturact mit Natureza
Brasilianische Tänzerin und Capoeira Lehrerin

20.15 Uhr Faust Warenannahme
INTERNATIONALES FRAUENFEST
mit Djane Petra

Do., 08.03., 19.30 Uhr

Veranstaltungszentrum Alter Krug
Hannoversche Straße 15a, 30926 Seelze | Barrierefrei
Eintritt frei!

Kulinarisches Kino speziell
Suffragette

Sie wollten wählen – und wurden verlacht: Fast achtzig Jahre lang forderten britische Frauen mit friedlichen Mitteln das Wahlrecht, ohne Erfolg. Anfang des 20. Jahrhunderts radikalisierten sie sich, auch unter Einsatz ihres Lebens. Der spannende Film gibt der Suffragetten-Bewegung ein würdiges filmisches Denkmal. Fesselnd wie ein Thriller erzählt die Regisseurin leidenschaftlich von den mutigen Pionierinnen in diesem Bürgerkrieg der Geschlechter.

Reservierung erforderlich: ab 8.2.2018 möglich
Telefon 05137/828-101

Veranstalterin: Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Seelze
Zusammenarbeit mit der Kulturinitiative Seelze e.V.

Sa., 09.03., 15.00 Uhr

Treffpunkt: vor dem DGB-Haus,
Otto-Brenner-Straße 1, 30159 Hannover | Barrierefrei

Auf den Spuren antifaschistischer Frauen
Führung von Brunhild Müller-Reiß, der Autorin des Buchs Antifaschistische Frauen in Hannover



Rundgang, der sich ausdrücklich mit der Rolle von Frauen im Widerstand vor und nach 1933 beschäftigt. Die Frauen, von denen exemplarisch die Rede sein wird, werden an Orten, die mit ihrem Leben in Verbindung stehen, anschaulich vorgestellt. Sie waren keine Heldinnen, aber sie haben sich aus politischer Überzeugung und menschlicher Anteilnahme gegen ein unmenschliches System gestellt. Vielfach vergessen, sollen sie in Zeiten wachsender rechter Bewegungen eine Mahnung sein.

Veranstalterinnen: Friedensbüro Hannover; DFG-VK Hannover – VVN-BdA

Sa., 10.03., 14.00–18.00 Uhr

ver.di – Höfe | Veranstaltungszentrum Rotation
Goseriede 10, 30159 Hannover | Barrierefrei

»Arbeitsmarkt geschlechtergerecht gestalten«

Begrüßung: Jeannine Geissler, Stellv. Betriebsgeschäftsführerin, ver.di Bezirk Hannover – Heide – Weser
Einstiegsreferat: Prof. Dr. Kerstin Jürgens, Universität Kassel

OFFENE ANGEBOTE IN DEN THEMENRÄUMEN:
»Frau in der digitalen Arbeitswelt« und
»Initiative Entgeltgleichheit«
Gemeinsamer Austausch über die Themen der Veranstaltung – FISHBOWL mit den ReferentInnen – Moderatorin: Lea Arnold, DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

17.00 Uhr Kulturprogramm: Improshow mit Schmidt's Katzen



Irgendwo zwischen Theater, Comedy und Live-Musik improvisieren Schmidt's Katzen entlang der Veranstaltung knackige Szenen aus dem Stegreif. Dabei werden die Themen des Tages und die Inspirationen der Teilnehmenden aufgegriffen und humorvoll auf die Bühne gebracht.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!
Mit Kinderbetreuung!

VeranstalterInnen: DGB-Region und DGB-Jugend Niedersachsen-Mitte, DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Mi., 14.03., 19.30 Uhr

Kommunale Kino (Koki)

Sophienstraße 2, 30159 Hannover | Barrierefrei
Eintritt: 6,50 Euro, Ermäßigung auf Anfrage möglich

»Ich bin kein Opfer mehr«

**Filmvorführung mit anschließenden
Expertinnen-Interviews
Dokumentarfilm mit Überlebenden
sexualisierter Gewalt**

In diesem Film erzählen drei Frauen, wie sie trotz langjähriger sexualisierter Gewalterfahrungen ihren Weg ins Leben gefunden haben. Alle drei wurden in ihrer Kindheit und Jugend von Tätern aus dem engsten Familienkreis über viele Jahre hinweg massiv missbraucht. Die drei Frauen gehen diesen Weg in die Öffentlichkeit, weil sie wissen, dass es sehr viele Opfer sexualisierter Gewalt gibt. Sie machen Mut, sich dem Thema zu stellen; nicht nur zu überleben, sondern aktiv das Leben zu gestalten – und nie wieder Opfer zu sein. Was brauchen Frauen, die sexualisierte Gewalt erfahren mussten, vor welchen Herausforderungen stehen sie weiterhin und was bleibt zu tun? In den anschließenden Expertinneninterviews nähern wir uns diesen Fragen.

Mit: Renate Bühn, Künstlerin, Sozialpädagogin, Mitglied im Betroffenenrat des Unabhängigen Beauftragten Sexueller Kindesmissbrauch (UBSM), Vertreterin der Kaiserschnittstelle und einer Mitarbeiterin des Frauennotrufs Hannover.

Moderation: Edith Ahmann vom Frauen- und MädchenGesundheitszentrum Region Hannover e.V.

Kooperationsveranstaltung des Kommunalen Kino Hannover, des Frauennotruf Hannover, des Frauen- und MädchenGesundheitszentrum Region Hannover e.V., der Kaiserschnittstelle Hannover und der Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

Do., 15.03., 19.30 Uhr

Oststadtbibliothek im Pavillon

Lister Meile 4, 30161 Hannover | Barrierefrei | Eintritt frei

**100 Jahre Frauenwahlrecht.
Ziel erreicht! ... und wie weiter?**

Vortrag von Rebecca Beerheide, Journalistin



Im November 1918 erhielten Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht. Generationen hatten dafür gekämpft. Was verbinden Frauen hundert Jahre später mit diesem Erfolg? Die Journalistin Rebecca Beerheide stellt den Sammelband »100 Jahre Frauenwahlrecht« vor, den sie mit Isabel Rohner herausgegeben hat. Das Buch stellt Beiträge von Frauen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien vor.

Veranstalterin: Pavillon Hannover
www.pavillon-hannover.de

Fr., 16.03., 17.30 Uhr

Kino im Künstlerhaus

Sophienstraße 2, 30159 Hannover | Barrierefrei | Eintritt frei!

Nur kleine Brötchen backen



Anlässlich des Equal Pay Day möchte das Bündnis in Hannover für Niedersachsen Sie herzlich zu der Premiere des Exklusivkinospots einladen. Der Spot ist aus dem Bündnis hervorgegangen und thematisiert die Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern. Im Anschluss wird der Film **Hidden Figures** gezeigt. Wir würden uns freuen, Sie als unsere Gäste begrüßen zu können.

Ein Bündnis in Hannover für Niedersachsen: Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge Niedersachsen e.V. (Amfn e.V.); Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Bezirk Niedersachsen / Bremen / Sachsen-Anhalt; Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen; IG Bergbau, Chemie, Energie; Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Nds.; Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros Niedersachsen (lag); Landesfrauenrat Niedersachsen;

Die Gleichstellungsbeauftragten der Landeshauptstadt und der Region Hannover; BPW Hannover; SoVD Landesverband Niedersachsen; Verband alleinerziehender Mütter und Väter (Vamv), Landesverband Niedersachsen e.V.; ver.di Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

Fr., 16.03., 18.30 Uhr

Ada-und-Theodor-Lessing-Volkshochschule

Raum 114 | Burgstraße 14, 30159 Hannover | Barrierefrei

Frauenrechte und Frauenwiderstand in der Türkei

Referentin: Prof. Dr. Betül Yarar, UNI Bremen, FB 12, Interkulturelle Bildung

Ende des 19. Jahrhunderts gab es im Osmanischen Reich 40 Frauenzeitschriften. Die Herausgeberinnen veröffentlichten Artikel zu aktuell politischen Themen und forderten freien Zugang zur Bildung, Abschaffung arrangierter Ehen und die Einführung des Wahlrechts.

Nach der Gründung der Republik Türkei waren die Frauen auf dem Papier dann auch gleichberechtigt, der Republikgründer Mustafa Kemal »schenkte« ihnen später sogar das Wahlrecht. Den Feministinnen in der Türkei war das nicht genug. Seit dem kämpfen sie für mehr Rechte und für Emanzipation.

Unter Erdogans Herrschaft kämpfen Feministinnen in der Türkei für den Erhalt ihrer Errungenschaften und für die Demokratie. Es geht ihnen aber nicht nur um die Rechte und Stellung der Frauen, sondern um die politischen Zustände im Land. Denn sie wissen: werden Freiheiten und Rechte eingeschränkt, trifft das am härtesten die Frauen. Deshalb trotzten sie Demoverboten wie Repressalien und organisieren den Frauenwiderstand, sind im öffentlichen Raum präsent.

Feministinnen in der Türkei haben ihren Protest bis heute immer unter schwierigen politischen Verhältnissen organisiert, gesellschaftliche Tabus aufgebrochen und ihre Forderungen durchgesetzt. Es gibt kein Grund für die Zukunft daran zu zweifeln.

Veranstalterin: VHS Hannover, Burgstr. 14, Hannover

Kontakt: arzu-altug@hannover-stadt.de

Mi, 21.03.2018, 18.30 Uhr

Warenannahme Faust

Zur Bettfedernfabrik 3, 30451 Hannover | Barrierefrei

»Loud and clear!« –

Flüchtlingsfrauen* setzen sich für ihre Rechte ein

Ein Film von Daniellis Hernandez Calderon,

D 2016, 58 min, (O.m.engl UT)

Filmabend und Diskussion, in englisch, deutsch, farsi und arabisch



Im Jahr 2014 begleitet die Gruppe »Women in Exile«, eine Initiative von geflüchteten Frauen*, sieben Wochen lang den Musiker Heinz Ratz und sein Projekt

»Frauen auf der Flucht« von Nürnberg bis Berlin. Sie besuchen Frauen* in Flüchtlingsunterkünften und tauschen sich mit ihnen über ihr Leben in den Lagern, ihre Probleme und Bedürfnisse aus.

Während der Fahrt entschließen sich immer mehr Frauen* spontan die Tour zu begleiten und so wächst die Gruppe und die Stimmen der Frauen* wird lauter. Das Lachen, die Musik, der Tanz, die Freundschaft und die Solidarität rücken nun an die Stelle von Angst, Apathie und Resignation.

Der Film »Loud and clear!« macht Mut nicht aufzugeben, und gemeinsam für die Rechte von Frauen* einzustehen. Mit Vertreterinnen der Gruppe »Women in Exile« wollen wir im Anschluss über ihre Arbeit und die Situation von geflüchteten Frauen diskutieren. Mit welchen besonderen Problemen sind geflüchtete Frauen* in Deutschland konfrontiert? Wie können wir gemeinsam die Lebensbedingungen für Frauen* verbessern? Was könnten nächste Schritte hier vor Ort sein?

Veranstalterin: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. **in Kooperation** mit der Gruppe Solinet und der Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen

29.03.–18.04., 10.00–18.00 Uhr

Foyer im Kulturzentrum Pavillon

Lister Meile 4, 30161 Hannover | Barrierefrei | Eintritt frei

Frauenpolitischer Aufbruch

Ausstellung zum Kampf um das Frauenwahlrecht des Frauenmuseums Bonn

Die Ausstellung des Frauenmuseums Bonn zu 100 Jahre Frauenwahlrecht stellt den historischen Kontext der Einführung des Frauenwahlrechtes 1918 dar. Vorgestellt werden wichtige Akteurinnen und grundlegende Fragenstellungen im Kampf um das Wahlrecht.

Veranstalterin: Pavillon Hannover,
www.pavillon-hannover.de

Sa., 07.04., 11.00 Uhr

Stadthaus Laatzen MZR I+II, Marktplatz 2,

30880 Laatzen | Barrierefrei | Eintritt frei!

**Gleichberechtigung:
Was bringt mir das?**

Filmveranstaltung

Zwölf Jugendliche schildern ihre Erfragung und Meinung zum Thema Gleichberechtigung in Deutschland: gesetzliche Grundlage, historischer Hintergrund und Faktencheck.

Der Film verdeutlicht, wie wichtig Gleichberechtigung für eine zukunftsfähige, multikulturelle Gesellschaft ist und unterstreicht die Unumstößlichkeit des Grundgesetzes.

Der Frauentreff der Kulturen lädt zu dieser Kurz-Doku mit anschließender Diskussion ein. Ohne Anmeldung.

Veranstalterin und Kontakt:

Stadt Laatzen, Team Gleichstellung, Marktplatz 13, 30880 Laatzen, Telefon 0511 8205-1902

**Montag, 26.2. – Freitag, 9.3.
9.00 – 18.00 Uhr**

ver.di – Höfe

Veranstaltungszentrum Rotation
Goseriede 10, 30159 Hannover | Barrierefrei

**Ausstellung zum internationalen Frauentag
Nichts war vergeblich. –
Frauen im Widerstand gegen
den Nationalsozialismus**

»Nichts war vergeblich« würdigt den Mut von Frauen, die sich gegen den Terror des NS-Systems stellten.

18 Biographien stellen dar, auf welcher vielfältigen Weise die Frauen dem Regime die Gefolgschaft verweigerten. Sie verfassten und verteilten Flugblätter, sie boten Verfolgten Unterschlupf, sie klärten im Ausland über das Unrecht in Deutschland auf. Immer folgten Sie ihrem Gewissen – und setzten damit ihr Leben aufs Spiel. Der Anteil dieser Frauen im Kampf gegen den NS-Staat ist in der Öffentlichkeit noch immer wenig bekannt. Eine Vertiefungsstation widmet sich darüber hinaus dem Thema »Kommunikation im Widerstand« und stellt u.a. dar, wie Flugblätter und illegale Schriften im Widerstand produziert und verarbeitet wurden.

Sie sind herzlich eingeladen, die Ausstellung während unserer Öffnungszeiten zu besuchen.

Ansprechpartnerin: Jennifer Hein,
Bildungswerk ver.di, Telefon 0511 12400419,
jennifer.hein@bw-verdi.de

Veranstalter: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945 e.V.
studienkreis@widerstand-1933-1945.de mit dem Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V

Donnerstag, 8. März 2018, 11.00 Uhr und 12.00 Uhr

Ernst-August-Platz Bahnhofsvorplatz | Hannover

Aktion des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. zum Internationalen Frauentag 2018

**»Heraus mit dem Frauenwahlrecht! –
100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland«**

Mit **Dr. Carola Reimann**, Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und **Anita Augspurg**, Kämpferin für das Frauenrecht (1857–1943, dargestellt durch die Schauspielerin **Birgit Scheibe**).

NOTRUFNUMMERN

- Frauennotruf Hannover** | 0511.332112 | frauennotruf-hannover.de
- Mädchenhaus Hannover** | 0511.440857 | maedchenhaus-hannover.de
- Frauenhaus Hannover** | 0511.664477 | frauenhaus-hannover.org
- Frauenschutzhaus Hannover** | 0511.698646 | frauenschutzhaus-hannover.de
- Violetta Hannover** | 0511.855554 | www.violetta-hannover.de
- Nds. Krisentelefon GEGEN Zwangsheirat** | 0800.0667888 (kostenlos)
- Frauen Treffpunkt** | 0511.332141 | frauentreffpunkt-hannover.de

BÜNDNISPARTNER*INNEN

DGB Region Niedersachsen-Mitte	Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt	Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V.
Dritte Welt Forum in Hannover e.V.	Zentrale Koordinierungs- und Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel	Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. Hannover	La Strada Anlauf- und Beratungsstelle für drogengebrauchende Mädchen und Frauen	Team Gleichstellung Region Hannover
Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.	netzwerk behinderter Frauen	ver.di Bezirk Hannover – Heide – Weser
Frauen Tribunal e.V. (Hamayesch)	Kulturzentrum Pavillon	Diese Zeitung wurde ermöglicht und finanziell unterstützt von:
Frauenzentrum Laatzen	PHOENIX – Beratungsstelle für Prostituierte	— DGB Region Niedersachsen-Mitte
Friedensbüro Hannover	radio flora	— Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt
Internationaler Frauentreff La Rosa	Referat für Frauen und Gleichstellung der LHH	— Landeshauptstadt Hannover
kargah e.V.		— Region Hannover
		— Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen
		— Stiftung Leben & Umwelt / Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
		— ver.di, Bezirk Hannover – Heide – Weser

Arrangierte Ehen – Die Erwartungserfüllung anderer

Irmak Kamali, Niedersächsisches Krisentelefon gegen Zwangsheirat, kargah e.V.

»Die Liebe wird mit der Zeit kommen sagt meine Mutter«- solche oder so ähnliche Formulierungen zum Thema arrangierter Ehen fallen oft aus dem Mund von Frauen, die unmittelbar mit diesen vermeintlich gut gemeinten aber gleichzeitig fremdbestimmten Absichten konfrontiert wurden.

Bei einer arrangierten Ehe handelt es sich um eine durch die Vermittlung, bestimmter Angehöriger, geschlossene Ehe. Zwar hätten die potenziellen Brautleute eine Art Einwilligungsrecht, im Gegensatz zur Zwangsverheiratung, in der mindestens eine Person offensichtlich gegen die Eheschließung ist, jedoch sind die Grenzen fließend. Bevor dieser Graubereich näher zu beleuchten ist, stellt sich die Frage was genau Angehörige (meistens die Eltern) dazu veranlasst mit unverfrorenem Selbstverständnis als Ehevermittler*innen zu fungieren.

Was viele Eltern weltweit vereint ist, sich um das Wohlergehen ihrer Kinder zu sorgen

und ihnen bestmöglich Fundamente einer soliden Zukunft zu ermöglichen. In patriarchisch und kollektivistisch geprägten Kulturkreisen stellt die Eheschließung der Kinder eine der bedeutendsten »finalen« Aufgaben für die Eltern dar. Nach der Eheschließung wird meist die Verantwortung der Eltern der angehenden Braut auf den neuen Ehepartner übertragen. Unabhängig davon ob Tochter oder Sohn per Arrangement das Eheleben beschreiten sollen, wird bei der Auslese seitens Elternschaft nach der Kompatibilität des Paares geschaut. Die eigenen Interessen der Initiator*innen sind dabei vordergründig. Hierbei spielt der soziale Status der Familien eine große Rolle- diese sollten identische Aspekte aufweisen. Ein prestigereicher ökonomischer Stand und nicht selten Personen aus derselben Verwandtschaftsgruppe kommen als Kandidat*innen besonders in Betracht. Der Schutz und die Aufrechterhaltung innerfamiliärer Werte; die Religion, Tradition und soziokulturelle Werte betreffend, bilden kurzum die Motive ab.

Für heiratswillige Personen, die aus welchen Gründen auch immer nicht aus intrinsischer Kraft eine Liebesheirat anstreben, mag die arrangierte Variante scheinbar bequemer sein. Aber wie verhält es sich mit den Frauen, die aus blindem Gehorsam eine derartige Ehe eingehen? Wenn sich beispielsweise kein eindeutiger Wille abzeichnet, sie aber in diesem Prozess übergangen werden? Das theoretische Mitspracherecht schließt nicht aus, dass sie sich unterordnen und die Gefahr besteht dazu gedrängt zu werden. Wie es mit der Geduld der »Vermittler*innen« bestellt ist, ist ebenfalls ungewiss. Selbst wenn die angehenden Bräute dem Wunschkandidaten der Eltern immerzu widersprechen, ist es eine Frage der Zeit, bis die auferlegte Heiratsmission der Angehörigen einen Zwang lostritt. Dass der psychische Druck der Familien die Ehe einzugehen, die Entscheidung färbt, ist somit naheliegend.

Für die Frauen erfordert es viel Mut die großen Erwartungen der Eltern nicht zu erfül-

len und aus den gewohnten Riten auszubrechen. Die Versuchung, den Idealvorstellungen der Eltern zu entsprechen ist sehr groß, da das Zusammengehörigkeitsgefühl andernfalls erschüttert würde.

Für die Präventions-, und Aufklärungsarbeit an Schulen, Beratungsstellen, Mädchentreffs sowie anderen Stellen bedeutet es, auf kultursensible Weise den Frauen Denkanstöße zu vermitteln. Ohne Unterstützung einer kritischen Selbstbetrachtung und Fokussierung auf individuelle Ziele und Perspektiven im Leben wären emanzipatorische Arbeitsansätze aussichtslos.

Die eigentliche Herausforderung besteht darin, altruistische Tendenzen und das Bewusstsein der Frauen, selbstbestimmte Handlungen, mit vermeintlichem Egoismus gleichzusetzen, abzubauen. Der stetige Austausch, Möglichkeiten den Frauen eine Stimme zu verleihen, bieten Chancen und Möglichkeiten eigenständiges Denken und Handeln zu begünstigen, was wiederum den inneren Mut der Frauen wachsen lässt. ●

Kontakt:
suana@kargah.de

Women in Exile & Friends

Geflüchtete Frauen organisieren sich selbst

Gabriele K. & Tanja K., Internationaler Frauentreff La Rosa/kargah e.V.

ane, eine geflüchtete junge Frau aus Kenia, lebt seit 2 ½ Jahren in Deutschland und ist eine Aktivistin der »Women in Exile«, einer Initiative von geflüchteten Frauen, die sich 2002 in Brandenburg zusammengeschlossen haben, um für ihre Rechte zu kämpfen. Sie berichtete im Rahmen einer Veranstaltung im Oktober vergangenen Jahres bei LaRosa/kargah e.V. sehr eindrücklich und zum Teil persönlich über die Arbeit der Flüchtlingsselfhilfeorganisation von Frauen für Frauen, die Herausforderungen aber auch die gestiegene Solidarität und Kooperationen im Laufe der Jahre. »Wir versuchen die doppelte Diskriminierung der Frauen im Lager zu bekämpfen. Flüchtlingsfrauen werden als Asylbewerberinnen durch rassistische Gesetze ausgegrenzt und als Frauen diskriminiert.« »Lager« nennen Jane und die anderen geflüchteten Frauen von »Women in Exile« Unterkünfte für Geflüchtete; sie fordern u.a. deren Abschaffung.

Schlechte Bedingungen in den Unterbringungen, wie fehlende Privat- und Schutzräu-

me für Frauen und ihre Kinder, getrennte Sanitäreinrichtungen, strukturelle Diskriminierung (mangelnde und bürokratische Gesundheitsversorgung, Arbeitsverbote und mangelnde Deutschkurse) sowie die Gefahr für Frauen innerhalb der Sammelunterkünfte, Gewalt ausgesetzt zu sein, waren Gründe für die Entstehung der Initiative. Women in Exile & Friends setzen sich zusammen aus Aktivistinnen mit oder ohne Fluchthintergrund, aus Frauen die zusammen gegen diese diskriminierenden Gesetze kämpfen und auf die schlechten Bedingungen aufmerksam machen.

Women in Exile besuchte in der Vergangenheit und auch gegenwärtig bundesweit viele Unterkünfte, spricht mit Frauen in den »Heimen«, tauscht sich gemeinsam mit den Bewohnerinnen aus und fungiert auch als Beschwerdestelle. Frauen werden bestärkt ihre Rechte einzufordern und ihre Interessen zu vertreten. Ebenfalls laden sie die Frauen ein, aus den »Heimen« zu kommen und an externen Workshops und Seminaren teilzunehmen. »Oftmals gibt es einen Interessenskonflikt zwischen den Mitarbeiter*innen in den Heimen, denn die

Abschaffung der Lager bedeutet auch Wegfall ihrer Arbeitsplätze.« Diese Seminare bieten Frauen, aus der Isolation der Sammelunterkünfte zu entfliehen und sich mit anderen (geflüchteten) Frauen auszutauschen. »Wenn du alleine bist, wird deine Stimme nicht gehört, aber in einer Gruppe erfährst du Informationen und Empowerment«, sagte Jane. In den Empowermentworkshops werden den Frauen ihre Rechte vermittelt, Informationen darüber gegeben, welche Möglichkeiten es gibt, wenn jemandem die Abschiebung droht, Gesundheitsthemen besprochen und Deutschkurse für die Frauen angeboten, die keine Berechtigung für Kurse haben.

Im Laufe der Jahre hat sich Women in Exile ein bundesweites Netzwerk aufgebaut. Neben Demonstrationen und öffentlichen Aktionen, wie die Floßtour für und mit Flüchtlingsfrauen von Nürnberg nach Berlin quer durch das Land, bündelt die Organisation feministische und flüchtlingspolitische Forderungen und trägt sie gemeinsam in die Öffentlichkeit. Die Aktionen sollen auf die Situation von geflüchteten Frauen und Kin-

dern aufmerksam machen und Flüchtlingsfrauen unterstützen, für sich selbst zu sprechen.

Im vergangenen Sommer initiierte Women in Exile eine bundesweite Konferenz unter dem Motto »Frauen durchbrechen Grenzen«, die eine überwältigende Resonanz erfuhr und an der knapp 300 Frauen teilnahmen und die zur weiteren Vernetzung von Flüchtlingsorganisationen und geflüchteten Frauen in ganz Deutschland beitrug. »Wo wir uns in Konferenzen mit Männern einbringen, machen wir immer wieder die Erfahrung, dass wir dort keine Plattform für die Frauen bekommen oder nur Räume in der hinteren Ecke«. Daher freut es sie, selbstorganisierte Frauengruppen zu besuchen und im geschützten und vertrauensvollen Rahmen in den Austausch zu gehen. »Es gibt auch Themen, die wir nicht gerne mit Männern besprechen«.

Wir La Rosa-Frauen unterstützen diese feministische Organisation und ihre Arbeit, vor allen Dingen da es noch wenige ähnliche Organisationen gibt, die an den Schnittstellen von Frauen- und Fluchtbewegung aktiv sind. ●

Persönlicher Kommentar zur Veranstaltung der Women in Exile von Gabriele:

»Das erinnerte mich an meine Anfänge in der Autonomen Frauenbewegung 1975 in Hannover. Wir entdeckten, dass es möglich ist, uns über ganz privat erlebte Erfahrungen auszutauschen wie Verhütung, Angst vor und Erfahrungen mit ungewollter Schwangerschaft, Gewalt in der Ehe etc. Und wir entwickelten Forderungen wie ‚Abschaffung des § 218‘, ‚Mein Körper gehört mir!‘, ‚Gründung von Frauenhäusern [...] Wir formulierten und erlebten ‚Das Private ist politisch‘. Diese erste zündende Erfahrung in der neuen Frauenbewegung, das habe ich in der Schilderung der selbstorganisierten Arbeit der geflüchteten Frauen von Women in Exile wieder gefunden.«

Projekt- Webseite:
www.women-in-exile.net

Kontakt:
suana@kargah.de

Eine Dokumentation

Autonome iranische Frauenbewegung in Deutschland

Aghdass Shabani, Zohreh Rahmani, Tahereh Asghary, Frauen Tribunal e.V.

Frauen im Exil und Frauen mit Migrationshintergrund kämpfen seit Jahrzehnten gemeinsam mit einheimischen Frauen für die Rechte der Frauen. Sie versuchen sich zu organisieren, politisch einzumischen und bringen sich in eingetragene Vereine oder in autonom organisierte Gruppen auf lokaler oder internationaler Ebene ein. Leider bleibt die Geschichte ihres Kampfes unsichtbar.

Am Beispiel der iranischen Frauen sehen wir gegenwärtig, dass die Frauen nicht nur im Iran sondern weltweit von Fundamentalisten entrechtet werden. Alle Formen der Männerherrschaft sind sich in dem Punkt einig, die Mühen der Frauen zur Auseinandersetzung mit frauenfeindlichen Strukturen, ihre Emanzipation und die erreichten Errungenschaften zu vernichten. So stehen Frauen stets erneut vor der Herausforderung, sich neu zu finden, zu stabilisieren und zu organisieren.

Wir iranischen Frauen verstehen uns als Teil der weltweiten Frauenbewegung. Es ist uns gelungen, im Jahr 2017 einen Teil unserer Bemühungen um die Auseinandersetzung mit Frauenfragen in Form von Fachtagungen auf

Persisch zu dokumentieren und haben vor, diese Dokumentation auf Deutsch zu übersetzen.

Die erschienene Dokumentation zeigt eine Chronologie von vierzig organisierten Fachtagungen bzw. Seminaren durch iranische Frauen- und Lesbenorganisationen von 1982 bis 2016 in verschiedenen Städten Deutschlands. Diese dreibändige Dokumentation ist mit 1504 Seitenlänge im Februar 2017 erschienen.

Im Februar 2018 werden die Hamayesh-Frauen aus Hannover ein dreitägiges Seminar mit dem Thema »Strategien und herausfordernde Formen der Kämpfe der Frauenbewegung gegen Rassismus, Sexismus und Fundamentalismus« veranstalten. Die Idee der Organisation einer Fachtagung geht auf die 80er-Jahre zurück.

Auf der Basis der islamischen Revolution wurde im Iran eine radikale Islamisierung durchgeführt. Das hatte eine massive rechtliche Benachteiligung der Frauen und die Separierung der Geschlechter zur Folge. Daher herrscht seitdem im Iran eine strenge Kleiderordnung für Frauen. Sie müssen weite Kleidung tragen und ein Kopftuch, welches das Haar komplett verdeckt. Diese Kopftuchordnung gilt auch, wenn iranische Frauen im

Ausland einen iranischen Pass beantragen wollen. Die Frauen müssen ein verschleiertes Passfoto bei der Botschaft vorlegen.

Gegen diese frauenfeindliche Vorschrift haben viele Frauen in Frankfurt und Berlin Widerstand geleistet. Sie haben vor der iranischen Botschaft und dem Konsulat demonstriert. Aus dieser Aktion entstand die Idee eines bundesweiten Treffens der iranischen Frauen. Die Frauen haben autonome Gruppen organisiert, die sich bis heute als Teil der iranischen Frauenbewegung verstehen.

Die o.g. Dokumentation zeigt die Entwicklung, Chancen, Höhen und Tiefen der iranischen Frauenbewegung seit den 80er-Jahren in Deutschland. Wir sind der Meinung, dass die allgemeine Geschichte von Männern geschrieben wurde und immer noch geschrieben wird. Unsere Geschichte gehört uns und wir sehen uns verpflichtet, unsere Geschichte selbst zu schreiben, damit sie uns nicht abhandelt. Wir haben in den vergangenen 38 Jahren viele Themen behandelt, wie:

- Doppelte Diskriminierung der Frauen im Iran
- Die Rolle der Frauen in der Familie
- Die Rolle der Frauen bei der Kindererziehung
- Hausfrauenarbeit – eine Arbeit ohne Lohn

- Sozialistische Bewegungen und Frauen Diskriminierung
- Kleiderordnung als Zeichen der Diskriminierung und der Kontrolle der Frauenkörper
- Religion und Unterdrückung der Frau
- Militarismus, Krieg und Gewalt gegen Frauen
- Gewalt in der Familie
- Frauen und ihre Rechte und Homophobie
- Die Geschichte der deutschen Frauen vom Faschismus bis heute
- Deutsche Frauen und ihre Forderungen in der Frauenbewegung
- Strategie der Frauen gegen Zwangsheterosexualität
- Fundamentalismus, Islam und Feminismus
- Islamischer Fundamentalismus und Frauenwiderstand
- Rechtsstreit, zivile Verantwortung und die Erfahrungen von Frauen

Die Dokumentation ist in unseren Augen ein wertvolles, informatives Buch. Sie zeigt, womit wir Frauen uns im Rahmen der Demokratie und Freiheit in Theorie und Praxis auseinandergesetzt haben. Dieses Buch ist ebenfalls für die Personen empfehlenswert, die eine Forschung über die iranische Frauenbewegung im Ausland vorhaben. ●

Kontakt:
hamayesh.zanan@web.de

Über die Freiheit, nicht zu heiraten

Prof. Dr. Maria Wersig, (veröffentlicht bei der Heinrich-Böll-Stiftung)

Warum seien die Feministinnen so gegen die Ehe?, wunderte sich der Staatsrechtslehrer und Mitglied der Gemeinsamen Verfassungskommission Josef Isensee im Jahr 1993 in der Neuen Juristischen Wochenschrift. Immerhin sei die Ehe die einzige Rechtseinrichtung mit einer streng durchgesetzten Frauenquote. Von einer rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften war man damals weit entfernt.

Knapp ein Vierteljahrhundert später öffnete sich auf einem pinkfarbenen Sesselchen im Maxim-Gorki Theater in Berlin die Tür für die Durchsetzung der »Ehe für alle«. Der jahrzehntelange lesbisch-schwule Kampf für gleiche Rechte wurde am 30.06.2017 mit Erfolg gekrönt. Der Bundestag stimmt mit großer Mehrheit der »Ehe für alle« zu. Selten gab es so viele Zuschauer*innen für eine 8:00 Uhr Debatte am Freitagmorgen im Deutschen Bundestag.

Die Kritik der Keimzellentheoretiker*innen, die in der ehelichen Verbindung von Mann und Frau den Ursprung des Staates auszumachen glauben, ging, im Regenbogenkonfetti und 83 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung zur »Ehe für alle«, unter und wird hier auch nicht verlinkt. Das Argument hat ohnehin an Überzeugungskraft eingebüßt, je weniger Ehe und Kinderkriegen etwas miteinander zu tun haben. Die verfassungsrechtliche Kontroverse über die Zulässigkeit der Eheöffnung für alle Geschlechter und was die Mütter und Väter sich wohl unter dem Begriff Ehe im Jahr 1949 vorgestellt haben, kann man im Verfassungsblog bei Mathias Hong nachlesen.

Ist mehr Staat für alle wirklich eine Befreiung?, fragt Tove Tovesson beim Missy

Magazine und bedauert, dass sich emanzipatorische Bewegungen in einer Selbstverständlichkeit mit »gleiche[n] Rechte[n] als Minimalkonsens« erschöpfen. Also lieber Ehe für niemanden oder buntes, queeres Leben, das sich nicht in rechtliche Schubladen packen lässt. Wobei die Freiheit, nicht zu heiraten, mit der Ehe für alle ja quasi miterkämpft, aber eben nicht die staatliche Bevorzugung der Ehe gegenüber anderen Lebensformen beendet wurde.

Im Freudentaumel des Etappensieges nach der historischen Abstimmung wurde denn auch, so munkelt man, der Kampf für soziale und politische Rechte von Volker Beck in seiner Rede während der abendlichen Feier im Bundestag eingefordert. Sich für andere stark machen und für die Rechte von Unterdrückten eintreten, sei jetzt angesagt, soll Beck gesagt haben. Das ist großartig und erinnert mich an den wunderbaren Film »Pride«, der Solidarität und der Verknüpfung von Anerkennungs- und ökonomischen Kämpfen ein Denkmal setzt. Es ist eine gute Idee, in Zukunft soziale Rechte stärker in den Fokus zu nehmen und gemeinsam dafür einzutreten.

Zurück zum Recht: Kann das Familienrecht mit dieser lawinenartigen Entwicklung schritthalten? Eine heftige Kontroverse zu dieser Frage tobte auf dem JuWiss-Blog. Ja, schreiben Dana-Sophia Valentiner und Valérie v. Suhr und sprechen sich für Reformen aus, die gleichgeschlechtliche Ehen und Mehrelternschaften umfassend berücksichtigen. Das Familienrecht ist etwas angestaubt, hier erzeugt die »Ehe für alle« noch mehr Reformdruck. Nicht alle Details des neuen Eherechts wurden auch in das übrige Familienrecht, wie das Abstammungsrecht übersetzt. In § 1592 Nr. 1 BGB steht auch in



Foto: Michael Verhoef

Zukunft immer noch, dass »Vater« eines Kindes ist, wer zum Zeitpunkt der Geburt mit der »Mutter« (= der gebärenden Mutter) verheiratet ist. Ein Blick in andere europäische Länder wie Österreich oder Schweden, so Valentiner und v. Suhr könnte Inspiration für die geschlechtsneutrale Formulierung der Regelung bieten. Die Ehefrau der gebärenden Mutter sollte ab Geburt Co-Elternteil sein und nicht auf das Adoptionsrecht verwiesen werden. Es bleibt also noch viel zu tun, unter anderem was die gleichen Rechte auf Familiengründung und ihre rechtliche Anerkennung für lesbische Paare angeht. Auch die reproduktiven Rechte und die Regulierung

der Reproduktionstechnologien, wie der gleiche Zugang zur medizinisch assistierten Fortpflanzung mit Samenspende, sollten dabei in den Blick genommen werden.

Bald feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. Also: Was man in einigen Jahrzehnten als Selbstverständlichkeit ansehen wird, wurde immer unter großem Einsatz erkämpft. Das einmal nur verschiedengeschlechtliche Paare heiraten konnten, wird zukünftigen Generationen vielleicht genauso seltsam vorkommen, wie der Ausschluss von Frauen aus dem politischen Raum. Was in dieser Welt wohl noch alles möglich sein wird? Es liegt an uns, sie zu gestalten. ●

Kontakt: r.steinhoff@slu-boell.de

Der globale Protest-Charme des One Billion Rising



Karin Wallner, FrauenBranchenBuch Sieh-hier für das Aktionsbündnis »Stopp sexualisierte Gewalt«

Jedes Jahr am 14. Februar wird auf dem Kröpcke in Hannover getanzt. Wummernde Bässe und Trommler*innen unterstützen dabei. Ein Musikstück, das jedes Jahr in Hannover und überall auf der Welt zu dieser Veranstaltung dazugehört: »Break the Chain« (Zerbrich die Ketten) ist die musikalische Hymne für den getanzten Protest. Hannover ist nur eine von annähernd 200 deutschen Städten. Weltweit sind es mehr als 200 Länder, die diese Veranstaltung organisieren und es werden jährlich mehr.

Das ist auch den Medien aufgefallen – zunehmend wird darüber berichtet. In ein-

schlägigen Video-Kanälen gibt es Beiträge und Dokumentationen über den One Billion Rising aus vielen Ländern. Offensichtlich bringt diese positive Form des Protests den Menschen sehr großen Spaß, und dient neben all dem Unmut auch dem Empowerment der Frauen. Wie kam es dazu?

Protest 2.0

2012 startete die weltweit größte Kampagne gegen Gewalt und für Gleichstellung »One Billion Rising« (Eine Milliarde erhebt sich). Initiiert wurde diese Art von Demonstration in den USA unter der Federführung von Eve Ensler, ihres Zeichens New Yorker Künstlerin und Feministin. Auf der us-amerikanischen Website »Onebillionrising.org« werden alle weltweiten Proteste gebündelt und jährlich werden Schwerpunkte der Veranstaltung ausgerufen.

2018 ist es das Thema Solidarität. Solidarität für eine Gesellschaft, in der sich alle von klein auf frei entfalten dürfen, ohne Gewalt zu erfahren, völlig unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder Lebensweise. Eine Gesellschaft, in der wir vor verbalen wie körperlichen Übergriffen geschützt sind und uns alle sicher fühlen können: egal ob zu Hause, auf der Straße, bei der Arbeit oder im Internet.

Denn sexualisierte Gewalt ist auch im Jahr 2018 immer noch ein Problem, welches sich

durch die gesamte Bevölkerung zieht. Übergriffe passieren in allen sozialen Schichten und gesellschaftlichen Gruppen, und Gendergerechtigkeit ist in Deutschland noch immer nicht erreicht. Im Gegenteil, hier wächst derzeit ein Klima in dem Geringschätzung, Diskriminierung von Frauen und weiblicher Arbeitskraft im öffentlichen wie im privaten Leben zunehmend stärker gedeihen und damit den Nährboden für Übergriffe bilden. Grund genug dagegen aufzubegehren.

In Hannover wird die Veranstaltung vom Aktionsbündnis »Stopp sexualisierte

Gewalt« durchgeführt, indem sich über 30 Organisationen, Vereine und Verbände zusammengeschlossen haben, wie der Landesfrauenrat Niedersachsen, die Gleichstellungsbeauftragten, die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Vertreterinnen aus Parteien, Gewerkschaften und Verbänden.

Eine Dokumentation über das diesjährige One Billion Rising-Event in Hannover befindet sich auf www.OBR-Hannover.de. Wer 2018 nicht dabei ist, sollte sich den nächsten 14. Februar 2019 vormerken. ●



AM 14. FEBRUAR sind eine Milliarde Menschen eingeladen, rauszugehen und zu tanzen für ein Ende der Ausbeutung und Gewalt an Mädchen und Frauen mit der weltweit größten Kampagne gegen sexualisierte Gewalt: »One Billion Rising« (Eine Milliarde

erhebt sich). Hannover ist mit der speziellen Dance Demo auf dem Kröpcke dabei. Komm vorbei und tanz mit Millionen von Menschen über alle Grenzen hinweg! Es wird eine Choreografie geben, die alle miltanzen können. Zuvor gibt es Infomaterial, Liedtexte und Schals am Informationsstand. Auch Dein Engagement nützt und setzt ein deutliches Zeichen gegen sexualisierte Gewalt!

DIE AKTIONEN STARTEN AUF DEM KRÖPCKE UM 16:30 UHR!

Mit dabei: die Gewinnerin des Poetry Slam der Region Hannover 2017 **Tabea Farnbacher**, die Frauenrock-Band »Die Uschis« uvm.

WEITERE INFOS: www.obr-hannover.de, www.frauennotruf-hannover.de und beim Team Gleichstellung der Region Hannover sowie unter frauen-und-gleichstellung@hannover-stadt.de

Die Zeitung ist entstanden mit freundlicher Unterstützung von dem Grafikbüro Anette Gilke und der Druckerei bw-h

BWH

Vielfalt in Druck und Digital

www.bw-h.de

Zusammen. Wirken.